



Fallbeispiele Ausbildung Familienzulagenordnung ab 1. Januar 2009

Bei den nachfolgenden Fallbeispielen geht es darum, den Elternteil zu bestimmen, welcher Anspruch auf die Familienzulagen hat. Sofern nicht ausdrücklich etwas Anderes angegeben wird, wohnen die Eltern im Kanton Bern.

1. Vater und Mutter leben zusammen. Die Mutter ist erwerbstätig. Der Vater nicht.

Die Mutter.

Kriterium: Erwerbstätigkeit. Nicht relevant ist, ob es sich dabei um eine selbständige oder unselbständige Erwerbstätigkeit handelt

2. Vater und Mutter leben zusammen. Sie haben gemeinsam das Sorgerecht. Beide sind im Kanton Bern erwerbstätig. Der Lohn des Vaters bei einem Arbeitspensum von 80 % beläuft sich auf 60'000 Franken. Die Mutter arbeitet zu 100 % und verdient 58'000 Franken.

Der Vater.

Kriterium: Höheres Erwerbseinkommen. Nicht relevant ist dabei, ob es sich um ein Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbstätigkeit handelt.

3. Vater und Mutter leben zusammen. Sie haben gemeinsam das Sorgerecht. Beide sind erwerbstätig. Einkommen und Beschäftigungsgrad analog Beispiel 2. Der Vater geht im Kanton Solothurn einer Erwerbstätigkeit nach.

Die Mutter.

Kriterium: Wohnsitzkanton. Würde der Kanton Solothurn höhere Familienzulagenansätze kennen als der Kanton Bern (was nicht der Fall ist), könnte der Vater im Kanton Solothurn eine Differenzzulage beziehen.

4. Ausgangslage wie Nummer 3, der Vater geht jedoch im Kanton Wallis einer Erwerbstätigkeit nach.

Die Mutter.

Kriterium: Wohnsitzkanton. Der Vater kann im Kanton Wallis eine Differenzzulage von Fr. 45.00 (Kinderzulage) bzw. Fr. 135.00 (Ausbildungszulage) beziehen.

5. Vater und Mutter leben zusammen. Sie haben gemeinsam das Sorgerecht. Sie wohnen im Kanton Solothurn. Beide sind erwerbstätig. Die Mutter arbeitet für die Stadt Bern.

Der Vater.

Kriterium: Wohnsitzkanton. Die Mutter kann in Bern eine Differenzzulage von Fr. 30.00 (Kinderzulage) bzw. Fr. 40.00 (Ausbildungszulage) beziehen.

6. Vater und Mutter leben zusammen. Sie haben gemeinsam das Sorgerecht. Beide sind im Kanton Bern erwerbstätig. Der Vater verdient als Angestellter bei der Stadt Bern 70'000 Franken. Die Mutter als selbständig Erwerbende 80'000 Franken pro Jahr.

Die Mutter.

Kriterium: Höheres Erwerbseinkommen. Der Umstand, dass dieses im Rahmen einer selbständigen Erwerbstätigkeit erzielt wird ist nicht von Belang.

7. Die Eltern leben getrennt. Es besteht gemeinsames Sorgerecht. Das Kind wohnt bei der Mutter. Beide Elternteile sind erwerbstätig. Der Lohn des Vaters beläuft sich auf 80'000 Franken und derjenige der Mutter auf 40'000 Franken pro Jahr.

Die Mutter.

Kriterium: Obhut.

8. Die Eltern leben getrennt. Es bestand gemeinsames Sorgerecht. Beide Elternteile sind erwerbstätig. Der Lohn des Vaters beläuft sich auf 80'000 Franken und derjenige der Mutter auf 40'000 Franken pro Jahr. Beim Kind handelt es sich um einen Studenten, der in einer WG wohnt. Bei Erreichen der Mündigkeit und bis zu seinem Auszug vor einem Jahr lebte er bei seiner Mutter.

Die Mutter.

Kriterium: Obhut. Massgebend ist, dass der Student bei Erreichen der Mündigkeit bei seiner Mutter lebte.

9. Die Eltern leben getrennt. Es besteht gemeinsames Sorgerecht. Das Kind wohnt bei der Mutter. Beide Elternteile sind erwerbstätig. Der Lohn des Vaters beläuft sich auf 80'000 Franken und derjenige der Mutter auf 40'000 Franken pro Jahr. Die Mutter hat geheiratet. Ihr Mann verdient 70'000 Franken.

Die Mutter.

Kriterium: Sorgerecht gegenüber dem Ehegatten.

Kriterium: Obhut gegenüber dem Exmann.

10. Fortsetzung von Nummer 9. Die Mutter gibt die Erwerbstätigkeit auf.

Der Vater.

Kriterium: Sorgerecht gegenüber dem Stiefvater.

Kriterium: Erwerbstätigkeit gegenüber der Mutter.

11. Die Eltern leben getrennt. Sorgerecht ist bei der Mutter. Das Kind wohnt bei der Mutter. Beide Eltern sind erwerbstätig. Der Lohn des Vaters beläuft sich auf 80'000 Franken pro Jahr, derjenige der Mutter auf 40'000 Franken pro Jahr.

Die Mutter.

Kriterium: Sorgerecht.

12. Ausgangslage analog Nummer 11. Die Mutter hat jedoch wieder geheiratet. Ihr Mann verdient 70'000 Franken pro Jahr.

Die Mutter.

Kriterium: Gegenüber Exmann und Mann Sorgerecht.

13. Ausgangslage analog Nummer 12. Die Mutter gibt die Erwerbstätigkeit auf.

Der Stiefvater.

Kriterium: Gegenüber Vater Obhut.

Kriterium: Gegenüber Mutter Erwerbstätigkeit.

Bei den nachfolgenden Fallbeispielen ist aufgrund der Ausgangslage klar, welche Person Anspruch auf die Zulage hat. Jetzt geht es zu beurteilen, welcher Betrieb bzw. welche Familienausgleichskasse für die Ausrichtung zuständig ist.

14. Vater und Mutter leben zusammen im Kanton Bern. Die Mutter ist nicht erwerbstätig. Der Vater arbeitet als selbständig erwerbender Treuhänder. Dabei erzielt er ein Einkommen von 60'000 Franken pro Jahr. Daneben hat er eine Festanstellung bei der Stadt Bern. Im Rahmen in dieser erzielt er einen Jahreslohn von 30'000 Franken.

Die Zulage wird von der Stadt Bern ausgerichtet.

*Kriterium: Eine unselbständige Erwerbstätigkeit hat gegenüber der selbständigen Erwerbstätigkeit Priorität. Dies im Gegensatz zu der unter Fallbeispiel 6 beschriebenen Konstellation. Bei dieser ging es um die Frage welche **Person** die Zulage beanspruchen kann. Beim vorliegenden Fallbeispiel geht es nicht um die Person, sondern um die Frage, welche **Stelle** die Zulage ausrichtet.*

15. Vater und Mutter leben zusammen im Kanton Bern. Die Mutter ist nicht erwerbstätig. Der Vater hat 2 Anstellungen. Bei der Stadt Bern verdient er bei einem Beschäftigungsgrad von 55% 50'000 Franken und in der B AG in Zollikofen erzielt er bei einem Beschäftigungsgrad von 45% ein Einkommen von 52'000 Franken pro Jahr.

Die Zulage wird von der B AG ausgerichtet.

Kriterium: Der höhere Lohn. Der Beschäftigungsgrad ist nicht relevant.

Bei den nächsten Fallbeispielen geht es nicht mehr um die Frage, wer eine Zulage bezieht bzw. ausrichtet, sondern um einige ausgewählte Konstellationen zur Frage, ob und wie lange ein Anspruch besteht.

16. Eine öffentlich rechtliche Angestellte der Stadt Bern (Anspruch auf Lohnfortzahlung während 12 Monaten) ist während 6 Monaten arbeitsunfähig. Beurteilen Sie den Anspruch auf Familienzulagen.

Es besteht während der ganzen Dauer der Arbeitsunfähigkeit ein Lohnanspruch. Somit ist auch die Familienzulage geschuldet.

17. Bei einem privat rechtlich Angestellten der Stadt Bern richtet sich die Lohnfortzahlung bei Arbeitsverhinderung nach Ziffer 14 Absatz 1 AVB. Sieben Monate nach dem Eintritt verunfallte der Mitarbeiter. Nach der vorstehend erwähnten Bestimmung besteht Anspruch auf Lohnfortzahlung während 2 Monaten. Die Arbeitsunfähigkeit dauert 6 Monate. Beurteilen Sie bitte, wie lange Anspruch auf Familienzulagen besteht.

Es besteht ein Anspruch für den Monat, in dem sich der Unfall ereignete, und für die nachfolgenden 3 Kalendermonate.

18. Ein pensionierter städtischer Angestellter bezieht von der Personalvorsorgekasse eine Alterskinderrente nach Artikel 31 PVR. Seine Gattin ist einige Jahre jünger als er und arbeitet ebenfalls für die Stadt Bern. Die Tochter ist 22 Jahre alt und studiert an der Universität Bern Betriebswirtschaft. Beurteilen Sie den Anspruch der städtischen Angestellten auf Familienzulagen.

Es besteht ein vollumfänglicher Anspruch auf die Ausbildungszulage. Die Kumulation von Familienzulagen und Kinderrenten ist zulässig.

19. Die im vorstehenden Beispiel erwähnte Studentin arbeitet im Umfang von 30 % für das Alters- und Versicherungsamt. Sie erzielt einen Monatslohn von 2'000 Franken. Beurteilen Sie den Anspruch der Mutter auf Familienzulagen.

Es besteht ein vollumfänglicher Anspruch, weil das Einkommen unter dem massgebenden Grenzbetrag von zurzeit 2'320 Franken pro Monat liegt. Die Alterskinderrente, welche gemäss Beispiel 19 ebenfalls fliesst, stellt ein Einkommen des pensionierten städtischen Angestellten dar und kann nicht der Studentin „angerechnet“ werden.

20. Ausgangslage wie Nummer 19. Der Lohn, welchen die Studentin im Alters- und Versicherungsamt erzielt, beläuft sich auf 2'350 Franken pro Monat. Beurteilen Sie, ob die Mutter einen Anspruch auf Familienzulagen hat.

Es besteht kein Anspruch auf Familienzulagen. Ein Einkommen von über 2'320 Franken (ohne Alimente und ohne Stipendien) schliesst den Bezug von Familienzulagen aus. Dies unabhängig davon, ob eine Ausbildung gemacht wird oder nicht.